Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 286. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 8. Dezember 1928

Skandale.

Seelenfang in Paris. — Schlimme Saat. — Nebenregierung der Obersten.

Wir haben uns wirklich gegenseitig nichts vorzuwerfen, die Völker hüben und drüben der alten und der neuen Grenzen. Wie lange ist es her, daß in der deutschen Reichshauptstadt ein Schwindel- und Betrugsprozeß verhandelt wurde, dessen jeder redliche Deutsche sich schämen mußte, weil in ihm ein bis dahin angesehener und in wichtigen Strafsachen unbedenklich verwendeter Staatsanwalt als Angeklagter sich zu rechtfertigen hatte und dabei eines geradezu schamlosen Mißbrauches seiner einflußreichen Dienststellung überführt wurde? Und heute sieht der französische Ministerpräsident sich gezwungen, ein Mitglied der Kammer öffentlich um Namensnennung derjenigen politischen Persönlichkeiten zu ersuchen, die von der Parlamentstribüne herab der Beteiligung an dem neuesten Panamaskandal der Republik beschuldigt worden sind.

Wieder sollen durch Ausbeutung der Leichtgläubigkeit breiter Volksschichten Hunderte von Millionen in falsche Taschen geleitet worden sein, aus denen sie niemals wieder den Weg zu ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückfinden dürften, und wieder sieht es so aus, als hätten bestimmte Gesellschaftskreise bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt bei diesen überaus ertragreichen Betrugsmanövern hilfreiche Mitwirkung geleistet. Man gründet in einer Zeit, in der die Währung noch auf tönernen Füßen ruht, ein kleines Wochenblatt, das sich vorn mächtig für internationale Verständigung und ähnliche schöne Menschheitsziele einsetzt, um in den mehr rückwärts gelegenen Spalten um so verdächtiger regelrechten Seelen- oder vielmehr Börsenfang zu betreiben. Die Sache bekommt den unehrlichen Maklern so lange ausgezeichnet, bis die ganze Herrlichkeit über einem unvorhergesehenen kleinen Zwischenfall zusammenbricht. Nun herrscht Heulen und Zähneklappern unter den vielen, vielen Leidtragenden, und Herr Poincaré, streng und unerbittlich, wie er ja ist, wird gewiß keine Schonung walten lassen, wo immer er unter Beamten oder Politikern Schuldige zu fassen bekommt. Werden wir etwa in den bekannten Chauvinistenblättern demnächst zu hören bekommen, daß im Grunde genommen auch an diesem neuesten Finanzskandal kein anderer als — Deutschland die Schuld trägt? Vielleicht wegen des deutschen Namens der Frau, die als Hauptangeklagte in dem bevorstehenden Prozeß zu figurieren haben wird?

*

Herr Poincaré mag aber auch aus anderen Gründen sich augenblicklich in nicht gerade behaglicher Stimmung fühlen. Da wagt es ein Pariser Schwurgericht, was bisher noch keine Regierung, kein fremdes Staatsoberhaupt riskiert hat: es schleudert dem großen und gewaltigen Mussolini den Fehdehandschuh ins Gesicht, indem es einen Mann, der aus antifaschistischen Beweggründen einen in Paris amtierenden italienischen Staatsbeamten über den Haufen schoß, so gut wie freisprach. Kein Wunder, daß darob ganz Italien aufflammt wie eine Pulvermine, daß italienische Offiziere ihren französischen Waffengefährten aus den Jahren des Weltkrieges die einst mit Begeisterung entgegengenommenen Ordensauszeichnungen zurückschicken und daß namentlich die akademische Jugend am liebsten mit starker Hand über die Grenzen aufgebrochen wäre, um den Franzosen sozusagen Auge in Auge ihre Verachtung ins Gesicht zu schreien. Es kommt ja auch hier natürlich eins zum andern, und den Italienern ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß Paris nachgerade ein Sammel- und ein Tummelplatz für die nach Mussolinis Auffassung ungeratenen Söhne ihres Landes geworden ist.

*

Da sind die Polen doch etwas rücksichtsvoller. Sie setzen den Revolver nicht gegen fremde Staatsangehörige an, die das zweifelhafte Glück haben, in ihrer Mitte zu leben, sondern sie lassen im Dunkel der Nacht das schöne Schloß ihres Staatsgründers und Staatsretters, des Marschalls Pilsudski, von bewaffneten Mordgesellen umschleichen, denen aus Versehen zunächst einmal ein harmloser Schutzpolizist zum Opfer gefallen ist. Das nächste Mal wird ihre Kugel vielleicht schon ein höhergestelltes Ziel zu erreichen wissen. Jedenfalls wird jetzt schon ganz offen in ihrem Sejm von der Nebenregierung der Obersten gesprochen, denen eine ganz ansehnliche Zahl von unaufgeklärten Entführungen, von Überfällen mißliebiger Politiker und Schriftsteller mit teils voll, teils nur halb gelungenen Totschlägen zur Last gelegt wird. Sogar leibhaftige Generäle sind ja von dieser unheimlichen Verschwörergesellschaft unschädlich gemacht worden, ohne daß dafür auch nur die geringste Sühne zu erreichen gewesen wäre. Wie Marschall Pilsudski sich persönlich zu diesen lichtscheuen Dingen stellt, weiß man natürlich nicht. Nun ihm aber allem Anschein nach direkt nach dem Leben getrachtet wird, werden ihm doch wohl mit der Zeit sehr bestimmte Entschlüsse aufgenötigt werden. Vorläufig läßt er es noch bei der vollendeten Mißachtung bewenden, mit der seine Regierung alle parlamentarischen Entscheidungen behandelt, die mit ihren eigenen Wünschen und Anträgen nicht übereinstimmen. Der unausbleibliche Konflikt, der am außenpolitischen Himmel von Warschau heraufzieht, wird ihn aber ohne Zweifel vollauf gerüstet finden.

Dr. Sy.

Stresemann—Briand—Chamberlain

Die Fahrt nach Lugano.

Gedämpfte Erwartungen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann verabschiedete sich am Freitag vor der für den Abend vorgesehenen Abreise nach Lugano vom Reichspräsidenten von Hindenburg. Mittags fand noch eine kurze Ministerbesprechung über Lugano in Berlin statt. Dr. Stresemann wird begleitet von dem Staatssekretär Dr. v. Schubert, dem Ministerialdirektor Gaus und einer Anzahl von Sachverständigen. Die Ratstagung in Lugano soll bis zum 16. oder 18. Dezember dauern. Der französische Außenminister Briand ist bereits Freitag morgen nach Lugano abgereist, ebenso hat sich auch Chamberlain, Englands auswärtiger Minister, dessen Erscheinen angeblich wegen der Krankheit des Königs in Frage gestellt war, entschlossen, bestimmt an der Ratstagung teilzunehmen und baldigst einzutreffen. Am Sonntag werden die drei Außenminister in Lugano versammelt sein und man nimmt an, daß sie alsbald über die wichtigen Dinge, die zur Entscheidung stehen, in Verbindung treten werden.

Montag vormittag soll die Tagung des Völkerbundrates durch Briand eröffnet werden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht nach dem Programm der litauisch-polnische Streitfall, wobei die beiden Länder durch den Ministerpräsidenten Woldemaras und den polnischen Außenminister Zaleski vertreten sein werden. Aber diese Frage dürfte, so wichtig sie im allgemeinen auch ist, doch zurückstehen gegen die mehr inoffiziellen Dinge, die hinter den Kulissen vor sich gehen werden. Das ist die Fühlungnahme zwischen den drei Herren Stresemann, Briand und Chamberlain über die Konstituierung der

Sachverständigenkonferenz zur Schuldenregelung.

Während zu Anfang, als die Einsetzung dieser Sachverständigenkonferenz von Deutschland angeregt wurde, die Hoffnungen groß waren, sind mittlerweile die Erwartungen doch wesentlich gedämpft worden. Ohne Zweifel hat sich die Situation mittlerweile so entwickelt, daß England den Wünschen Frankreichs fast vollständig nachgegeben hat und Deutschland sich einer geschlossenen Front dieser beiden Männer gegenübersieht. Freilich besteht immerhin noch die Annahme, daß unter Umständen auch Amerika ein gewichtiges Wort sprechen könnte, aber nach den abweisenden Äußerungen Chamberlains in den letzten Tagen und dem ganzen zurückhaltenden Verhalten der englisch Regierung kann man kaum erwarten, daß nun alsbald eine wenigstens für Deutschland einigermaßen befriedigende Lösung gefunden wird.

Die Rheinlandräumung

steht — man kann noch so oft beteuern, daß sie mit der Schuldenregelung nichts zu tun habe — im Hintergrunde. Frankreich beteuert, bereit zu sein zur endlichen Vereinigung der Kriegsschulden. Aber, und das läßt sich nicht verkennen, es will besondere Vergütungen herausschlagen für eine rechtmäßig schon längst fällige, von ihm aber als „verfrüht" bezeichnete Räumung der besetzten Gebiete.

Diese Sonderleistungen kommen aber, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, absolut nicht in Frage und müssen von uns auf das entschiedenste abgewiesen werden.

Wird nun in Lugano eine Form gefunden, die auch für Deutschland annehmbar ist? Das ist die Frage, um die sich alles drehen wird. Einstweilen muß man der Entwicklung nicht ganz pessimistisch, aber doch ohne große Hoffnungen entgegensehen.

Die Verhandlungen mit Polen aussichtslos.

Warschau, 7. Dezember. Soweit sich die Dinge am heutigen Freitag übersehen lassen, sind die viertägigen Handelsvertragsbesprechungen zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Polens sowohl streng objektiv als auch vom deutschen Standpunkt aus gesehen ergebnislos verlaufen, es sei denn, daß man es als ein Ergebnis bezeichnen wollte, daß der Faden nicht völlig abgerissen ist und daß die Vorverhandlungen am 16. Dezember wieder aufgenommen werden sollten. Zu einer irgendwie als Grundlage brauchbaren Klärung hatte der Meinungsaustausch jedenfalls nicht beigetragen. Schon aus dem Grunde nicht, weil die polnischen Verhandlungspartner, wie verlautet, einer bündigen Meinungsäußerung zu den deutschen Vorschlägen bis zuletzt ausgewichen sind. Die Lage läßt sich wohl nur so charakterisieren, daß man polnischerseits sehr darauf bedacht gewesen ist, die eigenen Wünsche in den Vordergrund zu stellen und genau zu formulieren, die von Deutschland herausgestellten Belange aber in der Schwebe zu lassen. Gleichzeitig hat ein gewisser, keineswegs unerheblicher Teil der hiesigen Presse alles getan, um den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern bzw. auf den Kopf zu stellen. Ein mehrfach zitiertes offiziöses Blatt ist zum Beispiel so weit gegangen, zu behaupten, daß die deutschen Vorschläge in Bezug auf die polnische Ausfuhr von lebenden und toten Schweinen nicht über den Rahmen der Modus-vivendi-Vorschläge vom November 1927 hinausgegangen. Tatsächlich aber haben nach zuverlässigen Berichten in letzter Zeit Verhandlungen zwischen Vertretern des polnischen Ausfuhrsyndikats und der deutschen Sachverständigen stattgefunden, bei denen es unter weitgehenden Zugeständnissen des deutschen Vertrauensmannes in allen Punkten zu einer grundlegenden Verständigung kam, einer Verständigung, die nicht nur die Kontingentierung der Schweineausfuhr nach Deutschland betrifft, sondern auch ein garantiertes Durchfuhrkontingent vorsieht und darüber hinaus freie Durchfuhr auf eigenes polnisches Risiko anheimstellt. Diese Vereinbarung haben die deutschen Bevollmächtigten trotz mancher Bedenken in vollem Umfange sanktioniert.

König Aman Ullahs entscheidender Sieg

Konstantinopel, 7. Dezember. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist es König Aman Ullah gelungen, durch einen entschlossenen Angriff, bei dem auch Flieger verwendet wurden, die aufständigen Bergstämme entscheidend zu schlagen und ihnen große Verluste zuzufügen. Die Aufständigen büßten mehr als 200 Tote ein. Nach dieser Niederlage haben es die Bergvölker aufgegeben, noch weiter gegen Aman Ulloh zu kämpfen und haben sich in die Berge zurückgezogen. Die Stadt Dschellahabad soll von den Aufständischen in Brand gesteckt worden sein. Die Operationen zur vollständigen Niederwerfung der Stämme dürfte, wie halbamtlich verlautet, noch etwa drei Tage in Anspruch nehmen. Der König beabsichtigt, Sonnabend nach Kabul zurückzukehren, um die Staatsgeschäfte wieder zu übernehmen. Die Leitung der Operationen wird dann der Kriegsminister übernehmen, der sich bereits auf dem Wege zur Front befindet. In Kabul ist man über die Aufstände nicht sonderlich beunruhigt.

„Deutschland ist schuld!"

Paris, 8. Dezember. Ein großer Teil der heutigen Morgenpresse widmet der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand in Lugano längere Kommentare. Allgemein wird die Schuld an der Verzögerung der Reparationsverhandlungen, für die man von Lugano eine Vorlösung erwartet, Deutschland in die Schuhe geschoben. Nur der sozialistische „Peuple" fordert, daß man zum Geist von Genf zurückkehren müsse, wenn man wirkliche Ergebnisse erzielen wolle.

Polizeifragen vor dem Landtag.

Im Verlauf der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages interpellierte Abg. Roscher (Komm.) wegen der Vorkommnisse bei der Vortragsveranstaltung des Sexualforschers Dr. Magnus Hirschfeld am 25. November in Dresden durch einen Antrag seiner Partei die Regierung und verlangt, die leitenden Polizeibeamten, die an jenem Abend in der Versammlung Dienst taten, zur Rechenschaft zu ziehen. Abg. Dobbert (Soz.) begründet hierauf eine Anfrage wegen der Entfernung ein schwarz-rot-goldenen Fahne während des Heimatfestes in Siebenlehn. — Ministerialrat Rauschenbach erklärt, der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Freiberg könne nicht entgegengetreten werden, weil den Beschuldigten unter den obwaltenden Umständen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens nicht nachzuweisen sei.

In der Aussprache über sämtliche Punkte tritt Abg. Dr. Gelfert (D. Vp.) den Vorwürfen des Abg. Liebmann gegen die Polizeioffiziere entgegen. Die beiden vorliegenden Anträge gehen schließlich an den Haushaltsausschuß A.

Weiter liegt ein vom Abgeordneten Neu begründeter sozialdemokratischer Antrag vor, die Regierung zu ersuchen, eine Verordnung des Inhaltes zu erlassen, daß der Inhalt der Polizeiakten, der sich auf getilgte Strafvermerke bezieht, zu vernichten sei. Der Antrag wird ohne Aussprache an den Rechtsausschuß verwiesen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet eine Anfrage des nationalsozialistischen Abgeordneten Helbig über die angeblich unvorschriftsmäßige Besetzung der Großen Strafkammer beim Landgericht Freiberg. Ein Vertreter des Justizministeriums gibt hierzu eine Erklärung ab: Das Justizministerium hält die alsbaldige Wiederbesetzung der in Frage kommenden Stelle für unerläßlich. Damit schließt die Beratung abends 9 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, den 11. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF